

zweifelhaft sein könne, sobald die Wahlmänner nur unter sich einig wären über die abzuwählenden Personen. Er warnte die Versammlung vor den Aufwieglern und falschen Freunden, die ihre Verhältnisse nicht kennen, ihnen verbrecherischer oder thörichter Weise falsche Hoffnungen machen auf jedes Begehren eingehen, und alle Forderungen zu erfüllen, jedem Uebel abzu- helfen, alles durchzuführen versprechen. Wer dieses thue, sei nothwendigerweise ein Betrüger. Niemand könne für den Aus- gang einstehen, Niemand könne mit Sicherheit versprechen, daß dieses oder jenes durchgesetzt werden würde, man könne nur ver- sprechen, für die anvertrauten Interessen zu reden, zu stimmen und zu trachten, die Stimmen seiner Freunde und des Ministe- riums dafür zu gewinnen. Sie wüßten alle sehr gut, daß in letzter Zeit gewisse Leute aus der Stadt zu ihnen gekommen oder sie zu sich gezogen hätten, um sich ihnen unter Versprechungen goldener Berge entweder selbst anzubieten, oder doch ihres Gleichen zu empfehlen. Dies wären Leute, die nur ihre eigenen Absichten verfolgen, die Eigennutz oder Annahmungen leitet, und die nichts zu verlieren hätten, die kein Haus, keine Scholle Land hier besäßen, das als Pfand der Redlichkeit ihrer Absich- ten uns zurückblieb. Vor diesen Leuten warnte der Redner die Versammlung auf das nachdrücklichste. Was endlich die Forde- rungen der Landgemeinden anbeträfe, so gäbe es in dieser Ver- sammlung so viel specielle und lokale Wünsche als Köpfe. Jede Gemeinde begehre, daß ein eigener Vortrag in Berlin über ihre lokalen Interessen gehalten würde. Dies sei ein Unding und bei den vielen 1000 Dörfern der preussischen Monarchie würde der Landtag viele Jahre dauern. Die Versammlung müßte sich also darüber einigen, was sie von dem Deputirten begehre, was er vortragen und bevortworten solle. Was die Majorität beschlos- sen, solle zu Protokoll gegeben und dieses den Deputirten über- reicht werden. Kein Deputirter aber, wenn er nicht selbst ein Bauer ist, könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen nach Berlin gehen, wenn nicht der zweite Deputirte, der ihm zur Seite steht, ein Bauer, ein Landmann ist. Er selbst, schloß der Fürst, wenn er Deputirter werden solle, würde es nur dann an- nehmen, wenn der zweite Deputirte ein Bauer oder Landmann ist. Er würde weder mit einem Gutsbesitzer, noch mit einem Beamten, noch mit einem Städter nach Berlin gehen wollen. Denn bei der gegenwärtigen Aufregung, die unter dem Land- volke herrscht, bei den vielen ganz unausführbaren Erwartungen, die es hege und Forderungen, die es stelle, würde ein Engel nicht ausreichen, um ihnen zu genügen, und wenn dann Monate vergingen, ohne daß eine Entscheidung käme, wenn endlich der Landtag geschlossen würde und noch viele Wünsche unerfüllt ge- blieben, dann würde das ganze Landvolk gegen den unglücklichen Deputirten aufstehen und ihm Verrath oder Saumseligkeit vor-

werfen. Deshalb müßte ein Bauer als zweiter Deputirter ne- ben dem ersten stehen, wenn derselbe nicht selbst ein Bauer ist. Nur dann würden sie glauben, wenn einer ihrer eigenen Leute erkläre, daß alles geschehen, was menschlich möglich war, daß ihr Interesse ohne irgend eine Rücksicht redlich vertreten worden und daß der Ausgang nicht von dem Willen des Deputirten abgehangen habe. Diese Rede, die mit vieler Aufmerksamkeit gehört wurde, schien einen großen Eindruck auf die Versammlung zu machen, obwohl einzelne Unruhstifter versucht hatten, die Aufmerk- samkeit abzulenken. Der Fürst Lichnowsky zog sich bald darauf zurück, die Versammlung ging auseinander, große Gruppen bildeten sich auf dem Marktplatz, und wir sahen zahlreiche Abtheilungen nach dem Hause des Großbürgers Mosler sich begeben, wo der Fürst abgestiegen war. Jedenfalls ist diese Versammlung für die zu- künftige Deputirtenwahl sehr entscheidend, das Resultat wird ja der Montag ergeben.

### Ein Wahlmann.

(Eingesandt.)

Herr Assessor Polko hat, angekündigtermassen, in der letzten Bürgerversammlung sein politisches Glaubensbekennt- niß abgelegt. Wir bekennen, wir sahen demselben nicht ohne einige Neugier entgegen. Herr Polko hatte bisher stets mit der Republik geliebäugelt, ohne sie doch offen für seine Verlobte zu erklären. Er hatte stets bevortwortet, im Prinzip hatte er die Republik für die vollkommenste Staats- form ohne jedoch damit sagen zu wollen, daß er sie den gegebenen Verhältnissen für angemessen, ihre Einführung für wünschenswerth halte. Aus einem politischen Glaubensbekennt- nisse hofften wir doch soviel wenigstens entnehmen zu können, ob der Redner der Monarchie, ob er der Republik zugethan sei? An- fangs schien es auch, als wollte er diese Erwartung rechtfertigen. Er stellte den Satz auf: in der zu vereinbarenden Constitution müsse die Volksvertretung die Gesetze beschließen, der Kö- nig sie ausführen. Wir nahmen hiervon Akt und dankten dem Redner für seinen Freimuth. Denn wo das Volk die Ge- setze beschließt, der König sie nur ausführt, da ist die Ge- walt des Königs derjenigen des Volkes untergeordnet, der König sinkt zu einem bloßen Beamten herab, oder, mit an- dern Worten eine so eingerichtete Staatsverfassung ist eine Republik und keine Monarchie, gleichviel ob der an der Spitze stehende Präsident König, oder wie anders heißt, denn Namen thun nichts zur Sache.

Doch kaum waren wir mit dieser Schlußfolgerung fertig, so wurde sie, wie das bei diesem Redner nicht selten ge- schieht, schon wieder durch die entgegengesetzte Behauptung umgestoßen, Er sagte nämlich bald darauf: Die Volksver-